



Nationalrat: Veto bei Endlagern

OLIVER MATTMANN
schweiz@luzernerzeitung.ch

ATOMABFALL Standortregionen sollen sich effektiv gegen Endlager wehren können.

Damit unterstützt der Nationalrat eine Standesinitiative des Kantons Nidwalden.

Im Gegensatz zum Ständerat hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, dass Standortkantone oder -regionen ein Veto gegen Atommüll-Endlager einlegen können. Er hat einer Standesinitiative des Kantons Nidwalden mit 111 zu 68 Stimmen zugestimmt. Der Nationalrat sprach sich damit gegen seine Energiekommission aus.

Das Nidwaldner Kantonsparlament will mit dem Vorstoss das bis 2003 geltende Vetorecht wieder ins Kernenergiegesetz einfügen. Der Nidwaldner Wel-

Lager in Gewässerschutzzone möglich

NAGRA sda. Der Standortentscheid für ein geologisches Tiefenlager dürfte erst Ende 2016 fallen. Gestern hat die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) einen Bericht präsentiert, der die Funktionsweise von Oberflächenanlagen skizziert. Diese könnten sogar in Grundwasserschutz-zonen zu liegen kommen. In der Oberflächenanlage soll radioaktiver Müll angeliefert, umgepackt und in das Tiefenlager transportiert werden. Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) bezeichnete den Nagra-Bericht als fragwürdig. Die Nagra solle zuerst den sichersten Standort festlegen und erst dann an der Oberfläche den bestmöglichen Zugang bestimmen.

enberg gilt als möglicher Standort für ein geologisches Tiefenlager. Der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen äusserte im Namen der Kommissionsmehrheit die Befürchtung, dass bei einem Vetorecht die «beste Lösung verhindert werden könnte».

Zurück zum Ständerat

Die Vorlage geht nun zurück in den Ständerat. Sagt dieser ein zweites Mal Nein, ist die Standesinitiative erledigt. Bei einem Ja könnte eine Vorlage für die Wiedereinführung des Vetorechts ausgearbeitet werden. «Ich bin dermassen erfreut gewesen, ich habe nicht mal das genaue Stimmenverhältnis mitbekommen», hielt der Obwaldner Nationalrat Karl Vogler (CSP) gestern unmittelbar nach der Abstimmung fest. Er hatte die Initiative mit einem Minderheitsantrag in der Energiekommission unterstützt und so doch noch in die Grosse Kammer gebracht.

Zum positiven Resultat habe sicher

auch sein Nidwaldner Pendant Peter Keller (SVP) beigetragen, er habe im Hintergrund «grosse Überzeugungsarbeit» geleistet. Er habe vor allem in seiner Fraktion entscheidende Stimmen gewinnen können, betonte auch Keller selbst gestern Abend gegenüber unserer Zeitung. Ihnen sei bewusst, dass das eigentliche Problem, die Langzeitsorgung von Atommüll, damit nicht vom Tisch ist. Vogler ist aber überzeugt davon, dass ein solches Unterfangen gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung gar nie durchgesetzt werden könnte.

«Wenn man einen mehrheitsfähigen Standort finden will, dann geht dies nur über Fakten, die Vertrauen bilden. Ich weiss, dies ist ein schwieriger Weg, aber es gibt nur diesen.» Keller geht sogar noch einen Schritt weiter: «Bei der Suche nach einer Lösung soll man sich nicht nur auf die Schweiz konzentrieren, sondern auch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten ins Auge fassen.»

Neuere Anlagen für Kernkraft-Strom

ENERGIE sda. Swisscleantech will die AKW-Laufzeitbeschränkung noch einmal aufs politische Parkett bringen. Der Verband der grünen Wirtschaft fordert vom Bundesrat einen Richtwert für die gesamte Restproduktion aus Kernkraft. Danach sollen die AKW-Betreiber untereinander festlegen können, wo der Atomstrom produziert werden soll. So könnten ältere Werke wie Mühleberg oder Beznau I und II ihr Produktionskontingent an neuere Werke wie Gösgen oder Leibstadt verkaufen. Dies würde den Betreibern ein frühzeitiges Abschalten der Anlagen erleichtern. Nach dem Swisscleantech-Szenario würde im Jahr 2037 das letzte Schweizer AKW vom Netz gehen. Sicher sei aber, dass die momentane Unsicherheit der Wirtschaft schade.

Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 78'398
Parution: 6x/semaine



N° de thème: 215.7
N° d'abonnement: 1078728
Page: 5
Surface: 47'299 mm²



Nidwaldner Endlager-Gegner bei einer Informationsveranstaltung des Bundes im September 2010.

Bild Manuela Jans